

« Au Burundi, la répression se poursuit dans l'ombre, en toute impunité »

Burundi konnte zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit auf einer Beständigkeit der Grenzen und der sozio-politischen Struktur aufbauen, die vor der europäischen Eroberung entstanden und, zumindest oberflächlich, auch in der Kolonialzeit erhalten geblieben waren. Für die Gestaltung eines modernen Staates und einer demokratischen Gesellschaft brachte dieses Erbe allerdings keinen Vorteil. Das Land ist heute von einem inneren Konflikt zerrissen, für den die einheimische Gesellschaft keine Lösung findet, und Lösungen von Aussen, ob das die „pax colonia“ von gestern oder die „pax americana“ von heute ist, waren noch niemals von Gutem.

Der oberflächlichen Kolonisierung durch die Deutschen folgte nach dem Ersten Weltkrieg die belgische Herrschaft im Auftrag des Völkerbunds. Steuern, Arbeitsmigration, die Einführung einer landwirtschaftlichen Exportproduktion und die Umgestaltung der traditionellen Oberschicht zu einer modernen, kolonial bestimmten Elite schufen ein soziales und wirtschaftliches Gebilde, in dem individueller Profit dominierte und alte Formen der Zusammenarbeit ausgehöhlt wurden oder ganz verschwanden.

Die Einführung westlich-demokratischer Institutionen festigte die politische Position des Königs (*Mwami*) und des Adels und machte es ihnen möglich, sich von der Kolonialverwaltung zu emanzipieren, während die breite Bevölkerung, gemeinhin als „Hutu“ klassifiziert, Bedeutung und Aufstiegschancen verlor. Gleich welche Kriterien zur Begründung der Differenz „Hutu“ vs. „Tutsi“ – Ethnos, Status, Besitz, Bildung, Tradition – herangezogen werden, brachte die Anpassung der burundischen Gesellschaft an eine westliche, globale Umwelt eine Vertiefung dieser Differenz.

Wie in den meisten „neuen Staaten Afrikas“ dominierte die postkoloniale Politik Burundis der Zug zur autoritären Herrschaft, zuerst des Mwami, später unterschiedlicher Militärherrscher. Auf tragische Weise verschärft wurde die Auseinandersetzung durch die Instrumentalisierung der „ethnischen“ Differenz, wobei – wie anderswo auch – Regionalismus zusätzlich eine Rolle spielte.

Den Anfang der gewaltsamen Auseinandersetzungen machte 1961 die Ermordung von Louis Rwagasore, Sohn von Mwami Mwambutsa und Ministerpräsident. In der Folge kam es immer häufiger zu Gewaltakten und Massaker. 1972 schliesslich fielen bis zu 300.000 Menschen, in erster Linie Hutu, einem Genozid zum Opfer.

Mit dem Ende der Monarchie 1966 begann eine Zeit der Militärdiktaturen. In den 1980er Jahren führte der Druck von aussen zu einer Rezivilisierung des Regimes und zu einer oberflächlichen Einbindung von Hutu ins politische System, ohne dass allerdings die von Tutsi dominierte Armee ihre Vormachstellung aufgeben hätte. Die „neue Welle der Demokratisierung“ in den 1990er Jahren brachte keine Lösung des Hutu-Tutsi-Konfliktes, sondern verschärfte das Klima der Gewalt. Der Bürgerkrieg kostete 300.000 Menschen das Leben; weit über 1 Million lebten als Vertriebene im Land oder in Nachbarstaaten

Internationale Friedensverhandlungen in Arusha brachten die meisten, doch nicht alle Parteien an einen Tisch. Trotz des Vertrags von 2000 ging der Kleinkrieg weiter. Eine neue Verfassung sollte 2005 den Ausgleich zwischen den „ethnischen“ Fraktionen sichern, doch zeigt die rezente politische Entwicklung, dass dem 2005 gewählten Präsidenten Nkurunziza mehr am Erhalt seiner Macht als an der Einhaltung des Übereinkommens von Arusha gelegen war. 2015 erzwang er gegen die Verfassung eine dritte Amtszeit. Es kam zu blutigen Unruhen, die 80 Menschenleben forderten und eine Flüchtlingswelle auslösten. Eine Reihe von Geberstaaten reagierte auf die Niederschlagung der Proteste mit Sanktionen.

Am 29.04.2019 schrieb Lewis Mudge in *Le Monde*: *"In Burundi geschieht Unterdrückung im Verborgenen, in voller Straflosigkeit" - „Die Menschen in Burundi zeigen sich zunehmend frustriert [...]. Ein Jahr vor den Wahlen von 2020 erscheint es wahrscheinlich, dass die [Garantie der] Straflosigkeit zunehmend Gewalt gegen und Repression der Opposition fördern wird. Die Übergriffe finden in Burundi vor allem versteckt statt. Die Regierung tut was sie kann, um die Wahrheit zu verstecken indem sie Andersdenkende zum Schweigen bringt.*

Für die Wahlen von 2020 schlug Nkurunziza General Ndayishimiye vor, der das Amt vorzeitig übernahm, da der Präsident im Juni 2020 – vermutlich an Corona – gestorben war. Inzwischen gibt es Anzeichen dafür, dass sich der neue Präsident von der Seilschaft seines Vorgängers trennen will, was u.a. am Wechsel des Regierungschefs im September 2022 ersichtlich wurde.